

Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteueramtes zu Bautzen, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs u. Sonnabends, und kostet einschließlich Sonntagsbeilage, bezirksförmlichen Beilage vierstündlich 1 M. 50 Pf.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. Siebenunddreißigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die wöchentliche Beilage finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Copypalte 10 Pf. Sechspaltiger Inseratenbetrag 25 Pf.

Gestohlen

wurden

1) am 28. October 1882 in Schmöln eine Sense mit Wurf und eine breite Hacke,

2) am 25. November 1882 ebenda eine Axt, ein Beil, eine Hantlsäge,

von denen die Axt und die Hacke J. O. gezeichnet sind,

3) am 4. dieses Monats dahier aus einer Hausflur ein neuer, grün angestrichener Rinderschlitten mit Deichsel.

Bischofswerda, am 11. December 1882.

Der königliche Amtsanwalt.
Komundt, Ref.

Der Steinarbeiter Friedrich August Wendtschuh aus Schmöln, dessen derzeitiger Aufenthaltsort unbekannt ist, hat sich ungefähr bei mir zur Verantwortung auf eine wider ihn eingegangene Anzeige zu melden.

Bischofswerda, den 11. December 1882.

Der königliche Amtsanwalt.
Komundt, Ref.

Bekanntmachung.

An der Bahnstrecke Seitschen-Deinitz werden Freitag, den 13. d. M., Langreißighausen nach dem Meistgebote veräußert.

Beginn der Auction Vorm. 9 Uhr bei Posten G.D. 40, Flur Cossern.

Bautzen, am 11. December 1882.

Königliches Abtheilungs-Ingenieur-Bureau.
Flach.

Politische Weltschau.

Reichstag und preussischer Landtag theilten sich brüderlich in die vergangene Woche; denn wenn der Reichstag arbeitete, pausirte der Landtag und umgekehrt. Beide parlamentarische Körperschaften tagen bekanntlich nicht gern neben einander, mag der Grund nun darin liegen, daß zu viele Mitglieder in beiden Häusern thätig sind, oder in dem Umstande, daß man auf die Publicität etwas eifersüchtig ist und dem Publikum nicht gern zu viele parlamentarische Schaffeln auf einmal serviren möchte. Der Regierung sind denn auch Vorwürfe, daß sie die Zeit nicht besser einzutheilen vermöge, um jedem Parlamente eine besondere Session ohne Concurrenz zu sichern, nicht erspart geblieben. Uebrigens mag es wohl zuweilen unmöglich sein, allen Wünschen gerecht zu werden, denn die Parlamente selbst beschränken sich nicht gern, weder in der Dauer der Debatten, noch bezüglich der Bequemlichkeit der Zeit. Der Sommer scheidet der Hitze wegen aus; im Herbst und Frühjahr giebt es der Jahresfeste wegen diverse Feiertage und so bleibt denn für zwei Parlamente und einen Volkswirtschaftsrath nur der Zeitraum von wenigen Monaten, der bisher so geschickt vertheilt worden ist, daß Collisionen zu den Seltenheiten gehören. So war es auch in der abgelaufenen Woche. Der Reichstag begann — nachdem er zuvor einige kleinere Vorlagen erledigt hatte — am Donnerstage mit der Etatsberatung, welche fast nur von der Frage der zweijährigen Budgetperiode beherrscht wurde. Etwas Neues brachte man jedoch nicht zum Vorschein. Die Vortheile und Nachteile einer Etatsaufstellung auf mehrere Jahre sind in der letzten Reichstags-Session so eingehend erörtert worden, daß eben nichts Neues hinzuzufügen ist. Auch die Stellung der Parteien zur Sache hat sich inzwischen nicht geändert. Vollständig neu ist aber diesmal der Weg, auf welchem die Reichsregierung die zweijährige Budgetperiode einzuführen sucht. Früher hielt die Regierung eine ausdrückliche Aenderung des Art. 69 der Reichsverfassung für erforderlich; jetzt erklärt sie, daß derselbe der gleichzeitigen Feststellung der Etats auf mehrere Jahre hinaus nicht im Wege stehe. Artikel 69 lautet:

„Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushaltsstaat gebracht werden. Letzterer wird von Beginn des Etatsjahres durch ein Gesetz festgestellt.“

Die Auffassung der Reichsregierung stützt sich auf die rein wörtliche Auslegung, daß unter dem „vor Beginn des Etatsjahres“ keineswegs ausschließlich die Zeit unmittelbar vor Beginn des Etatsjahres verstanden werden müsse, es vielmehr nur darauf ankomme, daß die Feststellung überhaupt vor Beginn des Etatsjahres, einerlei wann, erfolgt sei. Nach dem Geiste sowohl wie nach der Entstehungsgeschichte des Art. 69 kann aber kein Zweifel sein, daß lediglich die alljährliche Aufstellung des Etats beabsichtigt gewesen ist, wie denn auch die Regierung selbst dies bei ihrer Vorlage von 1881 noch angenommen hat. Wie damals, so wird auch diesmal der zweijährige Etat sicher abgelehnt, denn nachdem sich die Liberalen und das Centrum für diese Ablehnung entschieden, haben die Gegner der Regierungsvorlage die Majorität. Ob es dem Fürsten Bismarck, der am Donnerstage krankheitshalber der Etatsberatung nicht beiwohnen konnte, in einer späteren Sitzung gelingen wird, den Reichstag günstiger zu stimmen, ist mehr als zweifelhaft. — Das preussische Abgeordnetenhaus hielt nur zwei Sitzungen, am Montag und am Mittwoch, in denen es sich lediglich mit der Fortsetzung der Etatsberatung beschäftigte. Hierbei kam am Montag auch die Bagatundennoth wieder zur Sprache, aber die lebhafteste Debatte über diesen Gegenstand förderte auch diesmal kein practisches Resultat zu Tage. Am Mittwoch führte das Haus zunächst die Beratung des Etats für das Ministerium des Innern zu Ende, wobei es bei einer geringfügigen Position — 11,500 Mark für verschiedene Reparaturen im Ministerialgebäude des Innern — zu einer langen Debatte kam. Hieran schloß sich die Specialberatung der Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, deren einzelne Capitel im Ganzen genehmigt wurden. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet Dienstag, den 12. December, statt. — Aus dem Westen Deutschlands ward abermals das Steigen der meisten Flüsse, des Rheins, des Neckars, der Mosel u. s. w. gemeldet, doch ist glücklicherweise keine neue Hochwassergefahr eingetreten. Gaben doch die vorausgegangenen Ueberschwemmungen leider schon viel zu viel Unheil angerichtet. So oft solche Unglücksfälle eintreten, gelangt eine Reihe von geistreichen Abhandlungen und kanreichen Vorschlägen zur Veröffentlichung, wobei immer der Rath die erste Rolle spielt, unsere entholsten Wochenschriften wieder zu bestochen. So gut dieser Rath auch sein mag, so läßt er doch nie

den kommenden Geschlechtern zu Nutz, da eine Wiedererrichtung eines Baitannes von über 60 bis 100 Jahren und noch darüber hinaus bedarf. Sodann wird die Mehrzahl unserer einst bewährten Wege sich überhaupt nicht mehr anfordern lassen, weil Sturzwasser von denselben die Hauptbedingung wegschleppen, nämlich die Krume, das ist: der Humus. Es handelt sich daher für den Moment um eine noch dringlichere Maßregel, nämlich um Wasserbauten, zunächst um die Erbauung von Hochreservoirs und Parallelschloten, mit denen allerdings die Wiedererrichtung der laßgeschlagenen Gebirgszüge Hand in Hand gehen muß.

In Oesterreich begann vergangene Woche die parlamentarische Campagne wieder. Die neue Session des Reichsrathes wurde am vergangenen Dienstag mit einem Exposé des Finanzministers für Oesterreich, Dr. von Dunajewski, über die Finanzlage des österreichischen Staates eröffnet. Nach der Darstellung Dunajewski's sind die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Donauraumes in entschiedenem Aufschwunge begriffen und dementsprechend prangte auch das Finanzexposé in den hellsten Farben. Für 1883 ist nur ein Deficit von circa 3 1/2 Mill. Gulden vorhanden und auch dieses schmilzt nach den Zahlengruppirungen des Finanzministers auf die Summe von 6 Mill. zusammen. Indessen, Herr von Dunajewski schaut die Dinge doch wohl in zu rosigem Lichte und das Steuerbouquet, welches er dem Reichsrathe schließlich präsentirte, ist eine bedenkliche Zugabe zu seinen günstigen Darstellungen. Er kündigte nämlich Gesehtwürfe, betreffend die Erwerbsteuer, die Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Erwerbseinkünfte, die Rentensteuer und die Personaleinkommensteuer an. Von der Reichsrath-Majorität wurden die Ausführungen Dunajewski's mit Beifall aufgenommen.

Im italienischen Abgeordnetenhaus wolle die Debatten noch immer nicht recht in Fluß kommen. Man hat bis jetzt mit Commissionen und anderen Formalien die Zeit zugebracht, was eigentlich die Partigruppierung, von der die ganze Campagne in hohem Grade bedingt ist, nicht genügend begründet hat. Ein Ausschuss, der mit dem Verhandlungs-Gesetz im engsten Zusammenhange eine fruchtvolle Verhandlung führt, wird viel von sich hören und wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Gesetzentwurfe über die Organisation des Parlamentes den Anlaß geben. Ein vor